



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- L 214 -

Kiel, 22. November 2012
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht (neu)

über die

7. Sitzung des Europaausschusses

*am Mittwoch, dem 21. November 2012,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung nahm der Ausschuss einen Bericht der Europaministerin über die **Arbeit der Nordseekommission** entgegen.

Im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der CDU zur **Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg**, [Drucksache 18/178](#), kam der Ausschuss überein, den Landtagspräsidenten zu bitten, in Bezug auf die Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg das Gespräch mit der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft zu suchen.

Nach einer Diskussion zum **Eckpunktepapier über die Verzahnung des Europaausschusses mit den Fachausschüssen** beschloss der Ausschuss, die europapolitischen Sprecher aufzufordern, sich mit dem Wortlaut des Beschlussvorschlags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/410](#), zu beschäftigen und die Möglichkeiten für einen Konsens auszuloten. Gleichzeitig forderte der Ausschuss die Landtagsverwaltung auf, die in dem Beschlussvorschlag enthaltenen Anregungen in einzelne Umsetzungsvorschläge aufzuschlüsseln.

Im Hinblick auf die noch nicht durch das Plenum erfolgte Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU betr. **Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum - Chance für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/257](#), stellte der Ausschuss seine Beratungen dazu zurück. In diesem Zusammenhang wies der Vorsitzende auf das geplante XI. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 2. bis zum 4. Juni 2013 in Mecklenburg-Vorpommern hin, bei dem die Themen integrierte Meerespolitik und Blaues Wachstum auch eine Rollen spielen sollten.

Die **Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Altenparlament“** am 21. September 2012 nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

Ebenfalls zur Kenntnis nahm der Ausschuss die Liste der Vorlagen zur **Prüfung der Wahlung der Subsidiarität**, [Umdruck 18/373](#) (neu). Er beschloss, die zuständigen Ausschüsse zu bitten, sich mit der Vorlage der Europäischen Kommission (KOM(2012) 595) zu befassen

und dem Europaausschuss eine Stellungnahme zuzuleiten. Gleichzeitig bat er die Landesregierung, eine Einschätzung zu geben, ob das Subsidiaritätsprinzip verletzt sei.

Die Vorlagen zu **Bundesratsangelegenheiten** nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

Schluss: 11:15 Uhr

gez. Thomas Wagner